



NEWSLETTER 12/2022

FORUM | MIGRATION

© kiwar – 123rf.com

Arbeitserlaubnis

Unfaire Regelung für Westbalkan

Die Zahl der über die Balkanroute nach Deutschland Einreisenden nimmt zu. Die Bundesregierung will, dass die Westbalkanstaaten dagegen vorgehen. Dafür will sie die Kooperation mit den Regierungen der Region ausweiten. Ein Baustein dabei ist die Ausweitung der Westbalkanregelung (WBR) für Arbeitsmigrant_innen aus diesen Ländern. Der DGB ist dagegen – er hält die Regelung für einen Treiber für Lohndumping.

Die derzeit bis Ende 2023 befristete WBR sieht vor, dass jährlich bis zu 25.000 Menschen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien nach Deutschland kommen und hier arbeiten können, auch wenn sie gering qualifiziert sind. In einem Eckpunktepapier der Ampel heißt es nun, man werde die WBR „entfristen und die Kontingentierung mindestens deutlich anheben sowie eine Ausweitung auf weitere Staaten prüfen“. Verfahren und die Kapazitäten von Bundesagentur, Ländern und Kommunen sollen ausgeweitet werden, um Anträge schnell bearbeiten zu können. Wirtschaftsverbände fordern seit Langem eine Ausweitung der 2016 eingeführten Regelung. Leichtere Zugänge zum deutschen Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte aus den Westbal-

kanstaaten seien sinnvoll, sagt Felix Litschauer, Projektleiter beim DGB Projekt „Support Faire Integration“. „Das Besondere an der WBR sei, dass die Migrant_innen keine formelle Qualifikation brauchen.“ Gleichzeitig können sie nur einreisen, wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt. „Dadurch entsteht extreme Abhängigkeit vom Arbeitgeber“, sagt Litschauer. Ein Arbeitsplatzwechsel sei möglich, aber sehr schwierig. „Wenn man einen schlechten Arbeitgeber hat – das kommt ja leider oft vor – dann ist man gefangen in der Situation und kann sich nur schlecht wehren.“ In der Beratungspraxis zeige sich, dass Arbeitgeber sich die Zustimmung zur Einreise ihrer künftigen Beschäftigten aus den Westbalkanstaaten mit einem Arbeitsvertrag einholen, den Menschen in Deutschland dann aber oft einen ganz anderen Vertrag mit viel schlechteren Konditionen zur Unterschrift vorlegen. „Das ist natürlich total illegal“, sagt Litschauer. Aber die Menschen sind dann in einer Zwangslage. Sie wollten bleiben und arbeiten und könnten sich deshalb nicht wehren. „Unser Position ist deshalb, dass die Regelung abgeschafft gehört, weil sie Lohndumping begünstigt.“

 <https://www.faire-integration.de>
 <https://www.faire-mobilitaet.de>

INHALT 12/2022

Unfaire Regelung für Westbalkan	1
Katar: DGB will Rote Karte	2
Kanada: 500.000 Visa pro Jahr	2
Antimuslimische Einstellungen kein Randphänomen	2
News + Termine	3
Neue Räume für die Vielfalts- gesellschaft – Kommentar von Friederike Ekol, Geschäftsführerin der Interkulturellen Woche	4



Katar: DGB will Rote Karte

Vom 20. November bis 18. Dezember 2022 findet die Fußball-WM der Männer in Katar statt. Fußball könne Völker verbinden, in Katar seien mit ihm aber eklatante Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte verbunden, so der DGB. Dafür habe „die FIFA die Rote Karte mehr als verdient, dafür braucht es noch nicht einmal den Videobeweis“, heißt es in einer Stellungnahme. Andere Stimmen verweisen auf Reformen bei den Rechten der rund 1,71 Millionen Arbeitsmigrant_innen in Katar.

Schon seit der Vergabe der WM 2010 stehe Katar wegen vielfach belegter, massiver Menschenrechtsverletzungen in der Kritik von Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen, so der DGB. Das Land habe zur Vorbereitung der WM hunderttausende ausländische Arbeitskräfte geholt. „Viel zu viele“ von ihnen seien bei ihrer Arbeit gestorben.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ITUC lobte derweil die Reformen des Landes bei den Arbeitsgesetzen. Diese „legen den Grundstein für eine Weltmeisterschaft mit Arbeitnehmendenrechten“, so ITUC in einer Stellungnahme kurz vor Beginn des Turniers. „Die Gesetze in Katar haben sich geändert; die Arbeitnehmenden sind nicht mehr durch das Kafala-System versklavt“, sagte ITUC-Generalsekretärin Sharan Burrow. Es gebe „weiterhin Fortschritte bei der Umsetzung“.

Im Vorfeld der WM hatten die Gewerkschaften eine Reihe von Verbesserungen zur Unterstützung der bestehenden Arbeitsgesetze ausgehandelt und eine Agenda für den Dialog im Jahr 2023 vereinbart, so Burrow. Unter anderem sei Katar das erste Land der Golfstaaten, das einen nicht diskriminierenden Mindestlohn für alle Arbeitnehmenden eingeführt hat. Es gebe paritätische betriebliche Ausschüsse, in denen die Arbeitnehmenden, ihre eigenen Vertreter

wählen, um mit der Unternehmensleitung zu verhandeln. 2014 hatten zwölf Gewerkschafter_innen bei der ILO Beschwerde gegen Katar wegen „eklatanter Nichtbeachtung“ der Arbeitsrechte eingelegt. Zwangsarbeit sei „systematisch und weit verbreitet“, hieß es darin.

„Wir erkennen an, dass Katar sich in den letzten Jahren bewegt hat und dass es erste Fortschritte und Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitsmigrant_innen in Katar gibt“, so der DGB. Diese Reformen zeigten, dass sich der langjährige Kampf für bessere Arbeitsbedingungen lohnt. Allerdings seien die erhofften Ziele „bislang nur lückenhaft umgesetzt, teilweise sogar wieder zurückgedreht“, so der DGB.

Stellungnahme DGB: <https://bit.ly/3gydJgf>

Stellungnahme ITUC: <https://bit.ly/3OzDQm3>

Reports ILO: <https://bit.ly/3V03brH>

Kanada: 500.000 Visa pro Jahr

Kanada gilt als eines der klassischen Einwanderungsländer. Doch auch dort werden Arbeitskräfte knapp. Bis 2025 will es jährlich bis zu 500.000 Migrant_innen ins Land lassen.

Das nordamerikanische Land verzeichnet einen „historischen Mangel“ an Arbeitskräften. Nach Angaben der nationalen Statistikbehörde lag das Verhältnis von als arbeitslos gemeldeten zu offenen Stellen 2016 noch bei 4,5:1, im ersten Quartal dieses Jahres waren es 1,4:1. Entsprechend große Schwierigkeiten haben Unternehmen fast aller Branchen, offene Stellen zu besetzen. In dem Land sind derzeit rund eine Million Stellen unbesetzt. Das sind etwas mehr als in Deutschland, bei einer etwas weniger als halb so großen Bevölkerung. Hierzulande kamen – zum Vergleich – im Oktober 2022 auf

rund 844.000 offene Stellen etwa 2,4 Millionen als arbeitsuchend Gemeldete. Das Verhältnis lag also bei etwa 3:1 und selbst dabei gilt es als schwierig, Stellen zu besetzen.

Im kommenden Jahr sollen deshalb 465.000 Menschen nach Kanada ziehen dürfen, bis 2025 sollen es 500.000 pro Jahr sein. Noch im vergangenen Jahr hatte die Einwanderungsbehörde 405.000 Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht gewährt. Einwanderungsminister Sean Fraser kündigte an, dass der Fokus auf der Vergabe von Visa für ein dauerhaftes Bleiberecht an Personen mit gefragten Qualifikationen und Berufserfahrung liegen soll. Familiennachzug und die Aufnahme von Geflüchteten sollen „in geringerem Umfang forciert werden“. Schon jetzt stütze sich fast der gesamte Arbeitskräftezuwachs in

Kanada auf Migration, sagte Fraser. „Das Interesse an Kanada als Zielland für Neuankömmlinge aus der ganzen Welt ist so groß wie nie zuvor.“ Das Budget der Einwanderungsbehörde IRC wurde aufgestockt, um die Bearbeitungszeit von Visa-Anträgen zu verkürzen. 2021 bearbeitete die Behörde rund 1,7 Millionen Anträge. Die Konsulate des doppelten so großen Deutschland bearbeiteten im selben Jahr rund 697.000 Anträge.

Zwar könnte die Ankunft neuer Zuwanderer_innen den Druck auf den vielerorts gespannten Wohnungsmarkt in Kanada noch einmal erhöhen, sagte Fraser. Qualifizierte Neuankömmlinge könnten jedoch für den Bau von zusätzlichen Häusern und Wohnungen herangezogen werden. Auch in Kanada herrscht ein großer Mangel an Handwerkern.

Antimuslimische Einstellungen kein Randphänomen

Entwicklung antimuslimischer Einstellungen laut neuem SVR-Integrationsbarometer – Zustimmung zu folgenden Aussagen (in %):

A „Die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland sollte eingeschränkt werden.“

Kategorie	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
ohne Migrationshintergrund	9,4	19,6	34,4	36,6
mit Migrationshintergrund	11,0	20,7	34,4	34,0

B „Die in Deutschland lebenden Muslime integrieren sich gut in die deutsche Gesellschaft.“

Kategorie	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
ohne Migrationshintergrund	7,0	48,9	38,5	5,6
mit Migrationshintergrund	7,8	46,0	35,5	10,7

■ = stimme voll und ganz zu · ■ = stimme eher zu · ■ = stimme eher nicht zu · ■ = stimme gar nicht zu



News + Termine

Gewerkschaften zu Iran-Protesten: Frauenrechte sind Menschenrechte

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich hinter die Proteste im Iran gestellt. Man stehe „fest an der Seite aller Iraner_innen, die aufbegehren für die körperliche und geistige Selbstbestimmung aller Menschen“, heißt es in einer Erklärung. Viel zu lange habe das Mullah-Regime Frauen in ihrem Streben nach Emanzipation unterdrückt, sie willkürlich misshandelt, gefoltert, getötet. Da das Regime die Kommunikation via Internet und in den sozialen Medien erschwert und zensiert, brauchten die Protestierenden sowohl internationale Aufmerksamkeit als auch Solidarität, um die brutalen Repressionen anzuprangern. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen das Vorgehen des iranischen Regimes auf das Schärfste und rufen alle Gewerkschafter_innen auf, sich an Solidaritätskundgebungen für die protestierenden Iraner_innen zu beteiligen.

<https://bit.ly/3TVmXG>

Chancen-Aufenthaltsrecht: Nur wenige profitieren

Das geplante Chancen-Aufenthaltsrecht der Ampel soll langjährig Geduldeten eine Perspektive bieten. Davon gibt es derzeit rund 135.000. Doch nur wer am Stichtag 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland war, soll für ein Jahr eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe bekommen. In dieser Zeit sollen die Voraussetzungen für ein Bleiberecht erfüllt werden – etwa die Sicherung des Lebensunterhalts, Sprachkenntnisse oder den Nachweis der Identität. Die Hürden dafür sind indes hoch. Pro Asyl verweist darauf, dass die Bundesregierung selbst davon ausgeht, dass nur etwa 34.000 Menschen von der einmaligen Regelung profitieren werden. Insgesamt gibt es aber rund 247.000 Geduldete. Über 75 Prozent blieben demnach „in der prekären aufenthaltsrechtlichen Duldungssituation stecken“, so Pro Asyl. Das Chancen-Aufenthaltsrecht an sich sei jedoch keine schlechte Idee.

Schleswig-Holstein:

„Welcome Center“ für Fachkräfte geplant

Das nördlichste Bundesland plant ein Willkommenszentrum für ausländische Fachkräfte. Wirtschafts- und Arbeitsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos) sagte, Ziel sei es, „alle Potenziale auf dem Arbeitsmarkt auszuschöpfen. Dazu gehöre es, die Fachkräfteeinwanderung zu erleichtern. Er sprach von einer drohenden Lücke von 180.000 Fachkräften bis zum Jahr 2035. Das im kommenden Jahr entstehende Zentrum soll ausländischen Fachkräften und Unternehmen aus Schleswig-Holstein Hilfe und Informationen anbieten. „Wir wollen die Fachkräfte mit unserer Bürokratie nicht wieder verjagen, sondern sie so gut es geht unterstützen“, so Madsen.

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Neuer Atlas der Migration

Mit ihrem zweiten „Atlas der Migration“ legt die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine komplett neue Ausgabe mit zahlreichen aktuellen Texten und Themen vor. Neben Länderbeispielen und einem Schwerpunkt auf Arbeitsmigration und Pflege handelt die neue Publikation auch von den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Der gratis – auch als Klassensatz o.Ä. – bestellbare Atlas solle all diejenigen unterstützen, die sich für eine Gesellschaft der Vielen engagieren, so die RLS. Er wolle „den Blick auf Migration verändern und für Offenheit und Pragmatismus werben“.

[Link zum Download und Bestellung: https://bit.ly/3XuWODp](https://bit.ly/3XuWODp)

Bundesländer würden Punktesystem für Fachkräfte-Einwanderung mittragen

Die Integrationsbeauftragten der Länder sehen den Plänen der Bundesregierung, ein Punktesystem für Arbeitsmigrant_innen einzuführen, „mit wohlwollendem Interesse“ entgegen, hieß es in einer gemeinsamen Resolution. Praktische Berufserfahrungen und Ausbildungen sollten berücksichtigt werden, auch wenn sie nicht gleichwertig seien mit deutschen Abschlüssen. Eine entsprechende Reform des seit 2019 geltenden Fachkräfte-Zuwanderungsgesetzes plant Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Die Anforderungen an den Nachweis der deutschen Sprachkenntnisse sollten abhängig sein vom angestrebten Beruf. Eine starre Altersgrenze lehnten die Länder mehrheitlich ab. „Wir haben schon jetzt einen jährlichen Bedarf an 400.000 Fachkräften. Wenn wir noch länger warten, wird die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage noch größer. Einige Branchen könnten daran scheitern“, sagte Niedersachsens Integrationsbeauftragte Doris Schröder-Köpf (SPD). Das Land hatte den Vorsitz der Konferenz.

Italiens extrem rechte Regierung selektiert Schiffbrüchige

Italien hat seit Anfang November rund 1.000 Menschen von drei privaten Rettungsschiffen an Land gehen lassen. Die neue rechte Regierung hatte zuvor ein Dekret erlassen, laut dem NGO-Rettungsschiffe nur so lange in italienischen Hoheitsgewässern verweilen dürfen, wie es erforderlich sei für „Hilfsmaßnahmen für Menschen in Notlagen und in prekären Gesundheitszuständen“. Lediglich „besonders vulnerable Personen“ würden von dem außerhalb des Hafens ankernden Schiff an Land gebracht. Eine solche formelle Selektion Schiffbrüchiger hatte es so unter früheren italienischen Regierungen nicht gegeben. Nachdem die Schiffe wochenlang keine Erlaubnis bekamen, einen Hafen anzusteuern, mussten viele der Geretteten deshalb auch im Hafen zunächst an Bord der Schiffe bleiben. Die NGOs protestieren scharf gegen dieses Vorgehen. Auch die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das UN-

Flüchtlingswerk UNHCR Italien hatten die Selektion der Schiffbrüchigen kritisiert. „Die Gestrandeten müssen ohne weitere Verzögerung an Land gebracht werden“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung. Auf eine sichere Ausschiffung sollte eine „sinnvolle Aufteilung der Verantwortung zwischen allen betroffenen Staaten im Rahmen regionaler Kooperationsvereinbarungen folgen“. Soll heißen: Andere EU-Staaten sollen sich an der Aufnahme beteiligen. Genau das will Italiens Regierung erreichen. Auch Amnesty International kritisierte, dass Italien nur als besonders verletzlich geltende Gerettete von Bord gehen lässt. „Es gibt keinen Raum für kreative Interpretationen des Gesetzes, wenn Menschen leiden und traumatisiert sind, nachdem sie ihr Leben auf See riskiert haben“, sagte Julia Hall, stellvertretende Direktorin des Amnesty-Regionalbüros Europa.

Hamburg: Mehr Einbürgerungsanträge

Die Zahl der Einbürgerungsanträge in Hamburg ist so hoch wie seit 22 Jahren nicht mehr. Das berichtet die DPA. Demnach seien bis November rund 8.100 Einbürgerungsanträge gestellt worden, bis zum Ende des Jahres dürften es nach Schätzungen des Amtes für Migration etwa 10.500 Anträge werden. Mehr Anträge seien zuletzt im Jahr 2000 gestellt worden, damals seien es 12.300 gewesen. „Migration ist in der Hafenstadt Hamburg seit Langem ein prägender Faktor“, heißt es in einer Expertise des Sachverständigenrats für Integration und Migration aus 2021. Auch andere Bundesländer verzeichnen seit Dezember 2020 einen starken Anstieg bei Einbürgerungsanträgen. Viele syrische Staatsangehörige, die seit 2015 nach Deutschland gekommen seien, erfüllten nun die Voraussetzungen für eine Einbürgerung unter Verkürzung der Aufenthaltsfrist auf sechs Jahre.

UK: Industrie will mehr Arbeitsmigrant_innen

Der britische Industrieverband (CBI) hat Erleichterungen bei der Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland gefordert. Die Leute in Großbritannien seien gegen Einwanderung – „aber das ist das Einzige, das unser Wachstumspotenzial seit März erhöht hat“, sagte CBI-Chef Tony Danker. „Seien wir ehrlich: Wir haben weder die Leute, die wir brauchen, noch die Produktivität.“ Angesichts von mehr als 40.000 Migrant_innen, die seit Jahresbeginn den Ärmelkanal überquert haben, haben Frankreich und Großbritannien derweil angekündigt, die Grenzkontrollen erneut erheblich zu verschärfen. Bis zu 100 zusätzliche Sicherheitskräfte, Hubschrauber, Drohnen und Spürhunde sollen eingesetzt werden, um Migrant_innen von der Überfahrt über den Ärmelkanal abzuhalten. Nach einem Mitte November unterzeichneten Abkommen will Großbritannien Frankreich dafür etwa 72 Millionen Euro zahlen. Erstmals sollen Beobachter_innen auf beiden Seiten des Ärmelkanals eingesetzt werden, um Migrant_innen zu befragen und Schleppernetze besser zu bekämpfen.



Neue Räume für die Vielfaltsgesellschaft



Foto Friederike Ekol: © ÖVA

Kommentar von Friederike Ekol, Geschäftsführerin der Interkulturellen Woche

Um gesellschaftliche Veränderungen konstruktiv zu gestalten, brauchen wir neue Räume. Viele Räume der pluralen Demokratie existieren bereits, aber viele von ihnen müssen neu erfahrbar und zugänglich gemacht werden. Genau das leistet die Interkulturelle Woche (IKW) Jahr für Jahr.

Sie wurde vor fast 50 Jahren von den großen Kirchen in Deutschland initiiert. Von Anfang an dabei waren Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Migrant_innenorganisationen. Seit Jahrzehnten findet sie bundesweit im September in mittlerweile mehr als 600 Städten und Gemeinden mit rund 5.000 Veranstaltungen statt – im nächsten Jahr auch explizit unter dem Motto „Neue Räume“.

Denn die Vielfaltsgesellschaft braucht Räume für ihre Repräsentanz. Gerade auf kommunaler Ebene besteht Nachholbedarf. So sind Menschen mit einer familiären Migrationsgeschichte unterdurchschnittlich in der Kommunalpolitik vertreten. Auch in den kommunalen Institutionen besteht Handlungsdruck: Ausländerbehörden zum Beispiel müssen endlich konsequent zu Welcome-Centern umgebaut werden, die serviceorientiert arbeiten und Diversität als Stärke in die eigene Struktur integrieren.

Die Perspektiven von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind für die Gestaltung der Gesellschaft auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene unabdingbar wichtig.

Das Nachdenken darüber, welche Räume relevant sind und wer sie gestaltet und gestalten darf, deckt auch auf, warum Menschen nach wie vor erschweren oder gar keinen Zugang zu gesellschaftlich und politisch wichtigen Räumen haben: So bleiben Wahlkabinen

Menschen aus so genannten Drittstaaten, unabhängig von der Dauer ihres Aufenthaltes in Deutschland, verschlossen. Ein modernes Einwanderungsland braucht dringend die erleichterte Einbürgerungspraxis unter Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit.

Alarmierend sind die steigenden Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten in Deutschland. Der Schutz dieser Räume muss intensiviert werden – die Forderung nach dezentraler Unterbringung ist aktueller denn je, und auch die Zivilgesellschaft ist wieder gefragt, aktiv auf Menschen zuzugehen, die dort untergebracht sind und sich solidarisch mit ihnen zu zeigen. Das bedeutet auch, an Orten, wo rechte Hetze und rechter Terror sichtbar werden, aufzustehen und konsequent die plurale Demokratie zu verteidigen. Polizei und Gerichte stehen in der Pflicht, rechtsextreme Taten zeitnah und konsequent als solche zu benennen und zu ahnden.

Wirtschaftliche Teilhabe und die Integration in den Arbeitsprozess sind wichtige Voraussetzungen für ein gutes Ankommen und die Möglichkeit, sich neue Räume zu erschließen. Ein besonderes Augenmerk muss hierbei Frauen gelten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat für Frauen, die alleine mit ihren Kindern auf der Flucht sind, eine besondere Brisanz. Und auch da, wo Familien gemeinsam fliehen konnten, ist für sie der Spagat zwischen Ausbildung/Beruf und Familie oft besonders schwer.

Vor Ort in den Kommunen, Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen eröffnen sich zivilgesellschaftlich wichtige Räume. Diese können genutzt werden, um die plurale Demokratie mitzugestalten. Das Engagement im Rahmen der Interkulturellen Woche trägt dazu bei, Demokratie lebendig und inklusiv aufrecht zu erhalten – gemeinsam stark und solidarisch niemanden in der Krise alleine zurückzulassen. Menschen mit Einwanderungsbiografie sind vielfach in besonderer Weise von Krisen betroffen. Wichtige Ansprechpartner_innen sind hier auch die Gewerkschaften.

Der Politik kommt die wichtige Aufgabe zu, gesellschaftlichen Frieden und Entwicklung durch Teilhabe und Chancengleichheit zu ermöglichen. Wir erwarten dringend, dass das kommende Demokratiefördergesetz verlässliche Ressourcen für zivilgesellschaftliches Engagement schafft.

Und die Feinde der pluralen Demokratie? Die wittern ihre Chance, sich die Pandemie, den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die Energiekrise als Endzeitszenario zu Nutzen zu machen und neue Allianzen zu schmieden: Antisemitismus, Rassismus und Verschwörungstheorien haben Konjunktur. Hass und Hetze dröhnen durchs Netz und Anschläge auf Muslime, Juden, Geflüchtete und als „fremd“ markierte Menschen sind fürchterlicher Alltag.

Die Menschen, die sich im Rahmen der Interkulturellen Woche engagieren, halten dagegen und zeigen, wie stark und entschieden die vielen dem Hass entgegenzutreten können.

Auch in Betrieben gelingt dies besonders gut, wo Menschen, die zusammenarbeiten, sich kennen lernen und aus verschiedenen Richtungen aufeinander zugehen und Verständnis für die Situation des und der anderen entwickeln.

Sie alle öffnen, gestalten, bauen, erfahren, planen, erkunden oder verteidigen – neue Räume.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Michaela Dälken
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

